



Dortmund, 01.03.2009

Dringlichkeitsaktion 05/09 – **PERU: Julio César Vásquez Calle u.a., Morddrohungen**



**Peru:** 27,9 Mio. Einwohner auf 1.285.216 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 2.650 \$ (2004), Bevölkerung: 45% Indigene, 37% Mestizen, 15% Weiße, Minderheiten von Schwarzen, Mulatten und Asiaten; Religion: 92% Katholiken, 3% Protestanten, Anhänger von Naturreligionen. Unabhängig seit 1821. Peru hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* und das *Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe* ratifiziert.



Am 05.02.2009 erhielt der Journalist **Julio César Vásquez Calle** von einem Telefonanrufer eine Morddrohung. Zuvor hatte er bei der Staatsanwaltschaft der Region Piura Anzeige gegen Polizeikräfte und Wachleute des Bergbauunternehmens Minera Majaz erstattet, die ihn seinen Angaben zufolge aufgrund einer Reportage über einen friedlichen Protestmarsch von Bewohnern und Bewohnerinnen der Kleinbauerngemeinden in Segunda, Cajas und Yanta in Piura folterten. Die Gemeindemitglieder werfen dem Unternehmen vor, ihre Felder und die lokalen Wasserquellen durch den zum Teil ohne das gesetzlich vorgeschriebene Einverständnis der Gemeindeversammlung betriebenen Kupferabbau zu verschmutzen. Nach einem mehrtägigen Fußmarsch hatten sich die Demonstranten am 01.08.2005 schließlich vor dem Lager der Mitarbeiter des Bergbauunternehmens aufgestellt. Daraufhin wurden 28 von ihnen und Julio Vásquez von der Polizei festgenommen und ins Lager gebracht. Dort sollen sie drei Tage lang festgehalten und währenddessen von der Polizei und Wachleuten des Bergbauunternehmens gefoltert worden sein. Sie berichten, man habe ihnen die Augen verbunden und ihnen Säcke über den Kopf gezogen, die mit einem Puder gefüllt waren, welches das Atmen erschwerte und zu Brechreiz führte. Außerdem seien sie geschlagen worden. Die beiden Frauen in der Gruppe geben des Weiteren an, sexuell missbraucht worden zu sein. Da die 28 Personen ebenfalls in dieser Angelegenheit Anzeige erstattet haben, ist zu befürchten, dass auch sie in großer Gefahr schweben.



Bitte schreiben Sie an die Generalstaatsanwältin von Peru:  
Bearbeitung möglichst innerhalb von  
10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung,  
spätestens bis zum 25.03.2009; Porto 1,70 EUR

Ministerio Público  
Fiscalía de la Nación  
Fiscal de la Nación  
Dra. Gladys Echaíz Ramos  
Av. Abancay Cuadra 5 s/n  
Lima 1, PERU

Bitte schicken Sie eine Kopie an: Botschaft der Republik, S. E. Herrn Augusto Federico Kauffmann Doig,  
Mohrenstr. 42, 10117 Berlin (Fax: 030/20641077; E-mail: [info@embaperu.de](mailto:info@embaperu.de))



Vorschlagstext (kann inhaltlich genutzt oder wörtlich übernommen werden, bleiben Sie höflich!)

Sehr geehrte Frau Generalstaatsanwältin,  
Berichte der internationalen und politisch neutralen Menschenrechtsbewegung ACAT (Aktion der Christen für die Abschaffung der Folter) über eine Morddrohung gegen den Journalisten **Julio César Vásquez Calle** geben Anlass zu großer Sorge. Am 05.02.2009 wurde Herr Vásquez von einem Telefonanrufer mit dem Tode bedroht, nachdem er zusammen mit 28 aus Kleinbauerngemeinden in der Region Piura stammenden Personen, darunter zwei Frauen, Anzeige gegen Polizeikräfte und Wachleute des Bergbauunternehmens Minera Majaz erstattet hatte. Die Anzeige bezieht sich auf Folterungen, die Herr Julio Vásquez und die 28 mir namentlich nicht bekannten Personen im Anschluss an eine friedliche Demonstration zahlreicher Bewohner von Kleinbauerngemeinden gegen das Unternehmen Minera Majaz erlitten haben. Ich bin sehr besorgt um die Sicherheit dieser Menschen und ersuche Sie, den wirksamen Schutz der Betroffenen zu gewährleisten. Auch möchte ich Sie bitten, alle Foltervorwürfe und die Morddrohung einer unabhängigen und unparteiischen Untersuchung zu unterziehen und Ermittlungen gegen die Urheber aufzunehmen. Schon im Voraus danke ich Ihnen für Ihre Bemühungen und verbleibe mit hochachtungsvollem Gruß

Dortmund, 01.03.2009

Dringlichkeitsaktion 06/09 - **ERITREA**: *Abune Antonios*,  
gewaltloser politischer Gefangener



**Eritrea**: 4,2 Mio. Einwohner auf 121.144 km<sup>2</sup> Fläche, BSP/Einw. 190 \$ (2004), Bevölkerung: ca. 50% Tigrinya, 30% Tigre, 5% Afar, 5% Saho, 3% Hedareb, 2% Bilen; Religion: 50% Christen (v.a. eritreisch-orthodoxe), 50% Muslime (Sunniten), indigene Religionen; unabhängig seit 1993. Eritrea hat den *Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte* im Jahr 2002 ratifiziert, nicht jedoch das *UN-Übereinkommen gegen Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe*.



In Eritrea erleiden zahlreiche Menschen religiös motivierte Verfolgungen, obgleich die Verfassung das Recht auf freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit garantiert. Seit dem Jahr 2002 dürfen nur noch Mitglieder der orthodoxen, katholischen und evangelisch-lutherischen Kirchen sowie Muslime ihren Glauben unter strenger staatlicher Kontrolle praktizieren. Abweichende Gruppierungen innerhalb dieser Konfessionen oder Gläubige, die sich gegen die Herrschaftsansprüche der Regierung wehren wie z.B. Zeugen Jehovas, werden gewaltsam unterdrückt. Dabei kommt es mitunter zu Festnahmen bei heimlich in Wohnungen stattfindenden Gottesdiensten, Hochzeitsfeiern oder gar Beerdigungen.

Schätzungsweise werden gegenwärtig über 2000 evangelikale Christen, darunter Pastoren verbotener Kirchengemeinden, aber auch Dutzende orthodoxer Christen und Muslime in Gewahrsam gehalten.

Der 80-jährige Patriarch der Eritreischen Orthodoxen Kirche, **Abune Antonios**, wurde 2006 unter Hausarrest gestellt, nachdem er Kritik geübt hatte an der zwei Jahre zuvor gegen drei orthodoxe Priester verhängten geheimen Haft und an der Einmischung der Regierung in kirchliche Angelegenheiten. Die drei inhaftierten Priester hatten eine moderne Variante des orthodoxen Glaubens praktiziert und damit Tausende von jungen Gläubigen angezogen, die zur Sonntagsschule und zu Bibelstunden in die Kirche kamen.

Am 28.05.2007 wurde Abune Antonios um 5.00 Uhr morgens von Sicherheitskräften aus seinem Haus abgeführt und an einen unbekanntem Ort gebracht. Die Festnahme folgte unmittelbar auf die Bekanntgabe der Regierung einen Tag zuvor, sie habe einen neuen Patriarchen ernannt. Nach den Regeln der Orthodoxen Kirche ist die Ernennung eines neuen Oberhauptes zu Lebzeiten des eigentlichen Amtsinhabers unzulässig, es sei denn, der Kirchenrat der Glaubensgemeinschaft befindet diesen schwerer Sünden oder der Ketzerei für schuldig.

Patriarch Abune Antonios muss als gewaltloser politischer Gefangener betrachtet werden. Die Haft bedeutet für ihn eine extreme gesundheitliche Belastung, da er Diabetiker ist und ihm vermutlich noch immer jede medizinische Versorgung vorenthalten wird.

Die Haftbedingungen in Eritrea sind allgemein äußerst hart und kommen nach Angaben von Amnesty International grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung gleich.

Menschen, die aufgrund ihres Glaubens verfolgt werden, befinden sich oft isoliert von der Außenwelt in abgelegenen Armeelagern ohne Anklageerhebung oder Gerichtsverfahren. Sie verfügen über keinerlei Möglichkeiten, rechtlich gegen ihre Inhaftierung vorzugehen. Viele Häftlinge werden in Metallcontainern oder unterirdischen Zellen festgehalten. Zudem geht immer wieder aus Berichten hervor, dass Gefangene routinemäßig in schmerzhaften Positionen gefesselt und geschlagen werden. Auf diese Weise sollen sie gezwungen werden, ihrem Glauben abzuschwören.



Bitte schreiben Sie an den Staatspräsidenten von Eritrea und senden Sie eine Kopie an die Botschaft in Berlin. Bitte nutzen Sie den beiliegenden unterschriftsfertigen Brief nach Möglichkeit nur als Vorschlagstext. Die Adressen sind der Vorlage zu entnehmen (Porto 1,70 EUR). *Bearbeitung möglichst innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt dieser Sendung, spätestens bis zum 24.03.2009.*

[Fax-Nr. der Botschaft: 030/44674621, S. E. Herrn Herrn Petros Tseggai Asghedom;

E-Mail: [embassyeritrea@t-online.de](mailto:embassyeritrea@t-online.de)]